

Wie sozial ist die AfD wirklich?

Eine Expertise zu Positionen
in der AfD bei der Sozial- und
Steuerpolitik

KATHARINA NOCUN

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Juni 2016.

Wie sozial ist die AfD wirklich?

Eine Expertise zu Positionen in der AfD bei der Sozial- und Steuerpolitik

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Wer wählt die AfD?	7
2. Soziale Marktwirtschaft: Der schlanke Staat der AfD	10
2.1 Mindestlohn: Der große Zankapfel	10
2.2 Leiharbeit & Werkverträge: Die große Mogelpackung	16
2.3 Arbeitslosengeld & Unfallversicherung: Streit um Privatisierung	19
2.4 Hartz IV: Mögliche Absenkung, kein Wort zu Sanktionen	21
3. Steuerpolitik: Wahlgeschenke für Vermögende	26
3.1 Einkommensteuer: Kirchhof und das Stufen-Modell	26
3.2 Erbschaftsteuer: Wahlgeschenke für Vermögende	30
4. Fazit: Neoliberale Politik in blauer Verpackung	33
Autorin	36
Impressum	37

Vorwort

Mit der 2013 gegründeten AfD ist ein neuer Akteur auf die politischen Bühne der Bundesrepublik Deutschland getreten. Im Juli 2015 verließ der Parteigründer Bernd Lucke die einstige „Anti-Euro-Partei“ aufgrund eines massiven Rechtsrucks – und die seitdem stattfindende Entwicklung gibt ihm recht. Das Auftreten der Partei hat sich erst zögerlich, dann aber mit aller Macht grundlegend gewandelt. Mit aggressiven Parolen gegen Geflüchtete und den Islam setzt die neue Parteiführung auf gezielte Provokation. Getragen wird dies auch von einer neuen Parteibasis, die seit 2013 deutliche Veränderungen durchgemacht hat. In Auftreten und Sprache inszenieren sich die AfD gerne als Vertreter des „kleinen Mannes“. Ein großes Pfund für die Partei ist die Abstiegsangst großer Teile der Mittelschicht und der Geringverdiener. In der Debatte um die Aufnahme von Geflüchteten spielt sie diese Ängste gezielt gegen Minderheiten aus – mit dem Anspruch die Interessen des „Volkes“ zu vertreten. Doch was ist dran, an dieser Inszenierung? Vertritt die AfD in Punkto Sozialpolitik wirklich die Interessen der Normal- und Geringverdiener in Deutschland?

Vieles deutet darauf hin, dass eine gesunde Skepsis angebracht ist. Zentrale Akteure der AfD sprechen einem radikalen Neoliberalismus das Wort, der den Sozialstaat massiv beschneiden will. „Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle“, heißt es etwa im Grundsatzprogramm der AfD.¹ Und im Wahlprogramm der AfD zur Bürgerschaftswahl in Hamburg wird verkündet: „Wir denken und handeln wirtschaftsliberal und wertkonservativ [...]“² Niemals sollte es sich lohnen, staatliche Sozialleistungen leistungslos zu kassieren, anstatt zu arbeiten, soweit dies Alter und Gesundheit zulassen.“³

Führende Mitglieder der AfD unterstützen marktradikale Vereinigungen wie etwa die Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e. V.. Darunter auch Beatrix von Storch, EU-Abgeordnete und Mitglied des Bundesvorstands. Sie gilt als Sprachrohr der religiösen

-
- 1 Quelle: Grundsatzprogramm der AfD, S.67: https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016
 - 2 Quelle: AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S.5: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> aufgerufen am 1.5.2016
 - 3 Quelle: AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S.11: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

Nationalisten in der Partei, die eher Freikirchen als den Amtskirchen nahe stehen.⁴ Bei einem Interview mit dem Online-Sender Push TV gab von Storch auf die Frage nach dem Unterschied zwischen Marine Le Pens rechtsradikalem Front National und der AfD zu Protokoll: „Die Le Pen Fraktion, das sind Sozialisten. Insbesondere in ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Das sind wir nicht.“⁵

Die Ideen, die AfD-Mitglieder gerade an der Schnittstelle zwischen Demokratie und Wirtschaft präsentieren, sind in ihrer Radikalität nicht selten überraschend. Konrad Adam, einer der Mitgründer der AfD und ehemaliges Mitglied im Bundesvorstand, kommentierte die Entkoppelung des Wahlrechts vom Einkommen in einem Zeitungsbeitrag wie folgt:

„Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft, indem es die Kräfte des Landes zur Finanzierung von Vergangenheiten einspannt und verbraucht.“⁶

In einem weiteren Text zum Sozialstaat urteilt er:

„Jeder von ihnen könnte und sollte jeden Arbeitslosen, jeden Rentner und jeden Studenten danach fragen, mit welchem Recht er davon ausgeht, daß er ihm den Lebensunterhalt, die Rente oder das Studium bezahlt. [...] 38 Millionen Erwerbstätigen stehen rund 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 8 Millionen Behinderte, 6 oder 7 Millionen Arbeitslose und 2 Millionen Studenten gegenüber: Leute, die es als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen.“⁷

Überraschende Aussagen wie diese gibt es viele in den Reihen der AfD. Diese Analyse des Sozialprogramms der AfD soll über die Positionen der Partei aufklären. Herangezogen wurden hierfür in erster Linie offizielle Veröffentlichungen der AfD. Unterstützt wird diese Analyse durch eine Auswertung von Statements führender Parteimitglieder

4 Quelle: Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, Lebenslauf Beatrix von Storch: <https://www.alternativefuer.de/partei/bundesvorstand/> aufgerufen am 1.5.2016

5 Quelle: Beatrix von Storch bei Thomas Philipp Reiter: <https://www.youtube.com/watch?v=YCmF-qX8Xz5c> aufgerufen am 1.5.2016

6 Quelle: Adam, Konrad: Wer soll wählen? In: Die Welt. 16.10.2006. <http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html> aufgerufen am 1.5.2016

7 Quelle: Adam, Konrad: Warum soll ich für Sie bezahlen? Die Welt. Beitrag vom 30.05.2006: <http://www.welt.de/print-welt/article218286/Warum-soll-ich-fuer-Sie-bezahlen.html> aufgerufen am 1.05.2006

zu Fragen der Sozialpolitik sowie die Arbeit in den AfD-Fraktionen. Der Fokus liegt dabei auf Positionierungen der AfD zu Mindestlohn, Leiharbeit, Arbeitslosengeld sowie Hartz IV. Als weiterer Indikator wird die Steuerpolitik herangezogen – schließlich sind Fragen der Besteuerung elementar für die Frage der Verteilung von Lasten auf den Schultern einzelner Einkommensgruppen. Der Fokus liegt hierbei auf dem von der AfD befürworteten Stufen-Modell bei der Einkommensteuer sowie der Erbschaftsteuer. Das daraus entstehende Mosaik von Positionen und Meinungen innerhalb der Partei gibt Aufschluss darüber, wo die Partei in diesen Fragen heute steht und welche Tendenzen für die zukünftige Ausrichtung sich innerhalb der Partei abzeichnen.

1. Wer wählt die AfD?

Um bewerten zu können ob die AfD in der Sozial- und Steuerpolitik die Interessen ihrer Wähler vertritt bedarf es zunächst einer Datenanalyse, die zeigt, wer die AfD wählt. Analysen der Wählerschaft von Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz am 13.03.2016 geben eine aufschlussreiches Bild über die derzeitige Zusammensetzung der Wählerschaft der AfD.⁸

Bei all den regionalen Unterschieden lässt sich hier feststellen: Die AfD hat bei den Landtagswahlen am 13. März 2016 besonders hohe Zustimmungsraten bei arbeitslosen Wählern erzielen können. Laut einer Umfrage von Infratest Dimap stimmten 32 Prozent der Arbeitslosen in Baden-Württemberg für die AfD. In Sachsen-Anhalt waren es 36 Prozent. Damit hatten sie dort in dieser Gruppe die besten Ergebnisse erzielen können. Lediglich in Rheinland-Pfalz konnte die AfD in dieser Gruppe mit 25 Prozent nur die zweithöchsten Werte nach der SPD einfahren.

In allen drei Ländern war außerdem auffällig, dass ein besonders hoher Anteil der Arbeiter für die AfD gestimmt hat. In Baden-Württemberg lag die Quote bei 32 Prozent, in Sachsen-Anhalt bei 35 Prozent. Damit war die AfD in beiden Bundesländern die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil in dieser Gruppe. Nur in Rheinland Pfalz wählten mehr Arbeiter die SPD. Die AfD wurde dort in dieser Gruppe mit 23 Prozent nur die zweitstärkste Kraft. Vergleicht man diese Zahlen mit den Zustimmungsraten der AfD 2013,

8 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau.de. <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-EVENT-BWRPST/index.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

2014 und 2015 in diesen Gruppen, zeigt sich ein deutlicher Wandel der Wählerschaft.^{9 10}

11 12 13 14 15

Die AfD konnte besonders bei sozial schwachen Gruppen punkten. Die eigene Wählerschaft rechnet ihr jedoch nur geringe Kompetenzen bei der Sozialpolitik zu. Nur 32 Prozent der AfD-Wähler in Baden-Württemberg trauen ihrer Partei Kompetenz bei der „Sozialen Gerechtigkeit zu.¹⁶ In Rheinland-Pfalz sind es ebenfalls nur 40 Prozent.¹⁷ Ausschlaggebend für die gesamte Wahlentscheidung bei allen drei Landtagswahlen im März 2016 waren offenbar vor allem die Themen Migration und Flucht sowie Vorbehalte gegen den Islam.

Die AfD hat in den letzten Jahren einen starken Wandel ihrer Wählerschaft erlebt. Dieser Wandel muss vor allem im Zusammenhang mit dem veränderten Fokus weg von der Euro-Thematik hin zu einer Stimmungsmache gegen Migranten und den Islam betrachtet werden. Doch wie steht es um die tatsächliche Ausrichtung der AfD nach heutigem Stand? Vertritt die AfD im Bereich der Steuer- und Sozialpolitik die Interessen der einfachen Arbeiter und Arbeitslosen, die ihr bei den letzten Wahlen ihre Stimmen gegeben haben? Liegen die Wähler der AfD mit ihrer Einschätzung zum Verhältnis der AfD zu sozialen Fragen richtig? Ein Blick auf die konkreten Positionen der AfD verschafft hier mehr Klarheit.

9 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau.de. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/umfrage-job.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

10 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/umfrage-job.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

11 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-werwas.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

12 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/umfrage-werwas.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

13 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nach-taetigkeit.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

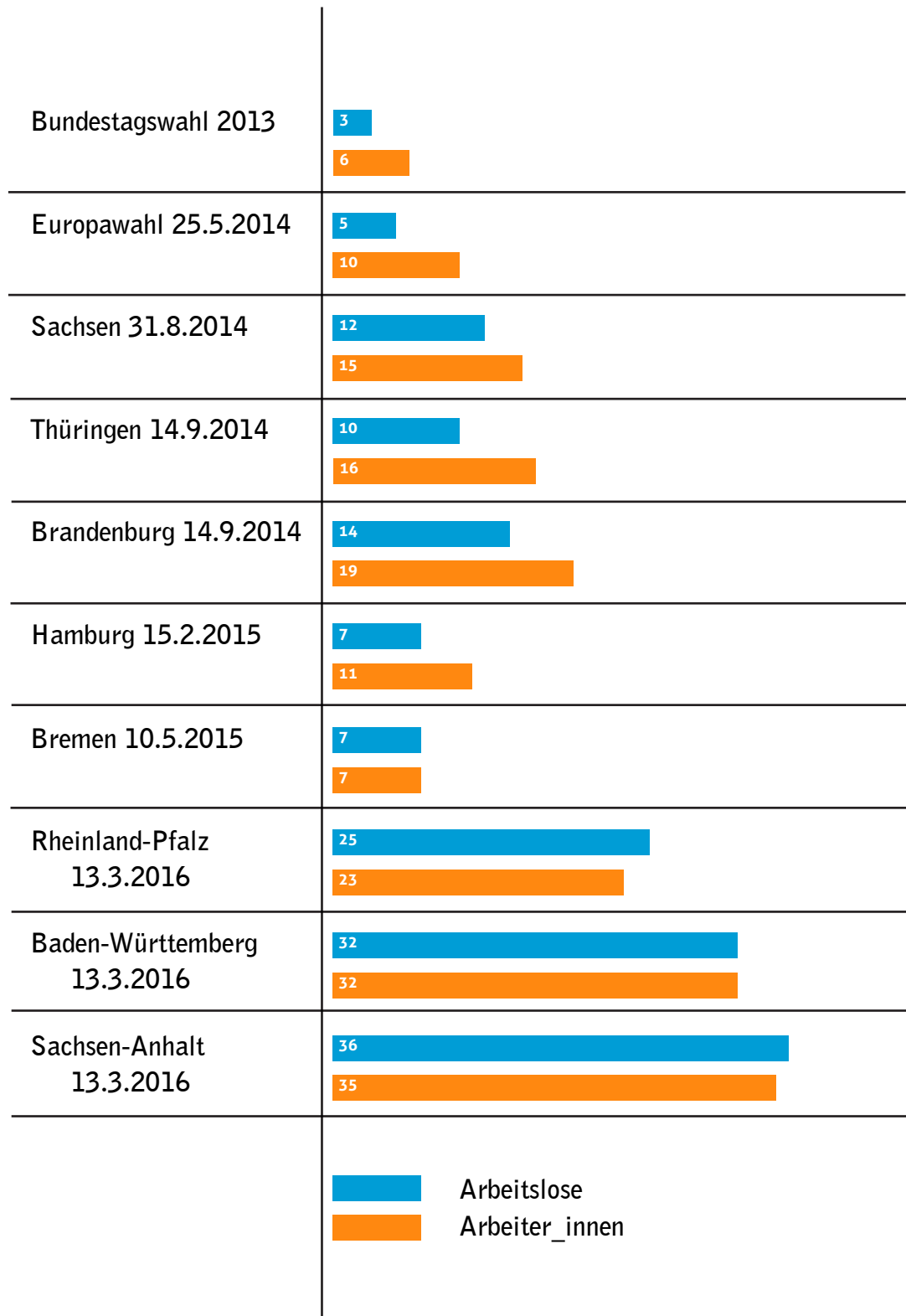
14 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/umfrage-job.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

15 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/umfrage-werwas.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

16 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-afd.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

17 Quelle: Wahlanalyse Infratest dimap im Auftrag der Tagesschau. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/umfrage-afd.shtml> aufgerufen am 1.5.2016

Wähler_innenanteil AfD unter Arbeitslosen und Arbeiter_innen



2. Soziale Marktwirtschaft: Der schlanke Staat der AfD

Die Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiger Bestandteil für die Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft. Durch eine Vorgabe der Rahmenbedingungen wie z.B. den gesetzlichen Mindestlohn oder Absicherung gegen Arbeitslosigkeit gestaltet der Staat aktiv die Arbeitswelt von Millionen Beschäftigten mit. Ein weiterer wichtiger Baustein der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist die Ausgestaltung der Leistungen für Arbeitssuchende und Sozialhilfeempfänger. Im Folgenden werden die konkreten Forderungen der AfD in Bezug auf den Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträge das Arbeitslosengeld und Hartz IV betrachtet. Das sich daraus ergebende Mosaik zeichnet das Bild einer Partei die sich weigert, in sozialen Fragen klar Stellung zu beziehen, und dabei getrieben ist von neoliberalen Konzepten führender Mitglieder.

2.1 Mindestlohn: Der große Zankapfel

Trotz guter Wirtschaftslage reichte der Lohn im Niedriglohnsektor in Deutschland in den letzten Jahren für viele arbeitende Menschen kaum zum Leben. Laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation haben im Jahr 2013 in Deutschland rund 18,9% aller abhängig Beschäftigten unterhalb des heutigen gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € gearbeitet. Besonders hoch war der Anteil von Beschäftigten mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 € im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft und im Handel.¹⁸

Einer der stärksten Verfechter für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war und ist der Deutsche Gewerkschaftsbund. Denn das Pochen auf die Tarifautonomie löste das Problem nicht. Der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad unter Geringverdienern erschwert eine flächendeckende Lösung über das Aushandeln von Tarifverträgen. Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland daher eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde.

18 Quelle: Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2013: Stagnation auf hohem Niveau. In: IAQ Report 3/2015. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2015/report2015-03.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

Stundenlohn brutto	Deutschland gesamt		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil	Absolut (in Millionen)	Anteil
< 5 €	1,6	4,7 %	1,1	4,2 %	0,4	7,1
< 6 €	2,5	7,6 %	1,8	6,5 %	0,8	12,5
< 7 €	4,0	11,9 %	2,7	10,0 %	1,3	20,2 %
< 8 €	5,5	16,5 %	3,8	14,0 %	1,7	26,9 %
< 8,50 €	6,3	18,9 %	4,4	16,1 %	2,0	31,0 %

Zahl und Anteil der Beschäftigten nach Stundenlohnstufen in Deutschland gesamt sowie West- und Ostdeutschland, 2013, Quelle: Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2013: Stagnation auf hohem Niveau. In: IAQ Report 3/2015. <http://www.iaq.uni-due.de/iaq-report/2015/report2015-03.pdf>.

Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben Beschäftigte in Ostdeutschland überproportional zum restlichen Bundesgebiet profitiert. Während der Durchschnittsverdienst im Gastgewerbe 2015 bundesweit nach Einführung des Mindestlohns um 2,9 zulegte, betrug der Zuwachs in den Ostdeutschen Bundesländern sogar 8,6 Prozent.¹⁹ Die von Kritikern befürchteten negativen Auswirkungen auf die Zahl der Beschäftigten blieben hingegen aus.

Die grundsätzliche Befürwortung eines Mindestlohns ist innerhalb der AfD umstritten. Kaum ein anderes Feld spiegelt mehr den Widerstreit zwischen Sehnsucht nach marktradikaler Utopie und pragmatischem Kalkül zur Wählermobilisierung in der Gruppe der einkommensschwachen, abhängig Beschäftigten innerhalb der Partei wider. Im Wahlprogramm der AfD zur Europawahl im Jahr 2014 heißt es über den Mindestlohn, er sei ein „ökonomisch falscher Weg“.²⁰ Zur Frage sozialer Absicherung für Geringverdiener heißt es dort im Wortlaut: „Ein gesetzlich festgelegter, flächendeckender Mindestlohn kann dies nicht leisten, da viele Menschen in prekären Arbeitsmarktsituationen nur wenige Stunden Arbeit haben.“²¹ Die AfD forderte im EU-Wahlkampf darüber hinaus, den Mindestlohn in anderen EU-Mitgliedsländern wieder zu kippen: „Ebenso verhindern dortige Mindestlohnregelungen den Zutritt von Berufsanfängern zum Arbeitsmarkt. Ohne ent-

¹⁹ Quelle: Böckler Impuls 2/2016. S.4f. http://www.boeckler.de/Impuls_2016_02_4-5.pdf aufgerufen am 1.5.2016

²⁰ Quelle: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. S.4. <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

²¹ Quelle: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. S.14. <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

sprechende Reformen in diesen Ländern bleiben auch europäische Hilfen ohne Wert.²² Im Zuge der Euro-Krise hatte die AfD auch in anderen Kontexten kein Problem damit, dem Abbau von Sozialleistungen das Wort zu reden. Das Vorantreiben von Privatisierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes gilt für viele führende Köpfe in der AfD als Mittel der Wahl.

Nicht nur auf EU-Ebene sondern auch im Bund wurde das Konzept des Mindestlohns wiederholt von der AfD verrissen. Zahlreiche Führungsfiguren, darunter auch die Parteivorsitzende Frauke Petry, haben sich in der Vergangenheit mehrfach und mit Nachdruck gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. „Wir sind gegen einen gesetzlich festgelegten allgemeinen Mindestlohn“, sagte Petry etwa im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung im August 2013.²³ Obwohl die laut Petry drohenden negativen Auswirkungen eines Mindestlohn-Gesetzes für die Wirtschaft sich nicht bewahrheitet haben, blieb sie auch später bei ihren Aussagen. In einer Pressemitteilung vom April 2015 zum Mindestlohn-Gesetz ließ Petry sich über eine angebliche „neosozialistischen Ideologen der SPD“ und eine damit verbundene „Sozialromantik“ der Partei aus. Der gesetzliche Mindestlohn ist aus Sicht von Petry vor allem eines – ein „Jobkiller-Gesetz“.²⁴ Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Geringqualifizierte und Beschäftigte in den klassischen Trinkgeld-Branchen sind zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht.“ Die Frage, welche gesellschaftlichen Auswirkungen Jobs haben, von denen keiner leben kann, spart Petry dabei bewusst aus. Auch wenn bekannt ist, dass in nicht wenigen gastronomischen Betrieben Gehälter so knapp kalkuliert werden, dass es wenn überhaupt nur mit Trinkgeld zum Leben reicht. Petry fährt fort: „Hochschulabsolventen wird der Berufseinstieg über Praktika erschwert, da diese kaum mehr angeboten werden.“ Dass eine exzessive Beschäftigung von Praktikanten in der Privatwirtschaft nicht selten reguläre Stellen verdrängt, wird ausgeblendet. Ebenso der Fakt, dass nicht alle Studierenden sich unbezahlte Praktika finanziell erlauben können. Petry schließt mit einem weiteren Seitenhieb gegen den Mindestlohn: „Der bürokratische Aufwand, der mit dem Gesetz einhergeht, belastet besonders kleine und mittlere Unternehmen schwer.“

22 Quelle: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. S.15. <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

23 Quelle: AfD: „Weniger Macht für Brüssel und keinen EU-Sozialismus“. In: Thüringische Landeszeitung vom 28.08.2013. <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/AfD-Weniger-Macht-fuer-Bruessel-und-keinen-EU-Sozialismus-1379003613> aufgerufen am 1.5.2016

24 Quelle: Pressemitteilung der Alternative für Deutschland vom 28. April 2015. <https://www.alternativefuer.de/2015/04/28/petry-schluss-mit-ideologiegeladener-arbeitsmarktpolitik/> aufgerufen am 1.5.2016

In dieselbe Kerbe schlägt auch die AfD-Landtagsfraktion Thüringen im April 2015 – anlässlich im Landtag diskutierter stärkeren Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohn-Gesetzes.²⁵ Dort hieß es, AfD Thüringen wisse von Vertretern im Verkehrsgewerbe „wie stark die Unternehmen wegen der bürokratischen Belastungen, die der Mindestlohn verursacht, leiden. Die Haftung für Subunternehmer sei außerdem ungerecht und nicht durchführbar.“ Dass eine Abschaffung der Haftung für Subunternehmer dazu führen würde, dass der gesetzliche Mindestlohn weiträumig ausgehebelt werden kann, blendet die AfD aus. Man verspricht hingegen: „Die AfD-Fraktion wird weiterhin für den Abbau von Bürokratie, die der Mindestlohn verursacht, kämpfen.“ Und die Fraktion Sachsen verschickte Pressemitteilungen mit dem Titel „Mindestlohn kostet Arbeitsplätze und erhöht Preise“ worin es heißt: „Aber nein, durch den eingeführten Mindestlohn sind nun Staat und Krankenkassen wahre Gewinner!“²⁶ Im Mai 2015 äußerte man sich in der Fraktion wie folgt: „Wirtschaftsexperten, Arbeitgeberverbände und auch die Fraktion der Alternative für Deutschland haben lange vorher vor der Einführung des Mindestlohnes und den nun eintretenden Folgen gewarnt.“²⁷ Die AfD-Abgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecherin im Landtag Brandenburg Christina Schade lehnt den Mindestlohn zwar nicht ab, meint aber: „In einer gesunden sozialen Marktwirtschaft braucht es keinen Mindestlohn“ - aus ihrer Sicht sei dieser nur deshalb notwendig, weil Unternehmen zu hoch besteuert würden. „Denn die Unternehmen wären bei einem ausgewogenen Steuerniveau und bürokratiearmen Rahmenbedingungen durchaus in der Lage, ihre Mitarbeiter angemessen zu bezahlen.“ Dass Lohndumping auch zum Alltag in hochgradig rentablen Unternehmen gehört, wird bei einer solchen Argumentation bewusst verdrängt.²⁸

Mit deutlicheren Worten positioniert sich auch Beatrix von Storch, Mitglied im Bundesvorstand und Abgeordnete für die AfD im EU-Parlament, gegen den gesetzlichen Mindestlohn. Beim Kandidatencheck der Plattform „Abgeordnetenwatch“ zur Bun-

25 Quelle: AfD-Fraktion im Thüringischen Landtag. „Realitätsverweigerung von Arbeitsministerin Werner bei Mindestlohn“. Pressemeldung vom 27.04.2015. <http://afd-thl.de/2015/04/27/realitaets-verweigerung-von-arbeitsministerin-werner-bei-mindestlohn/> aufgerufen am 1.5.2016

26 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Mindestlohn kostet Arbeitsplätze und erhöht Preise“. Pressemitteilung vom 09.02.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/mdl-mario-beger-mindestlohn-kostet-arbeitsplaetze-und-erhoeht-preise.html> aufgerufen am 1.05.2015

27 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Mindestlohn erweist sich als Jobkiller!“. Pressemitteilung vom 20.05.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/mindestlohn-erweist-sich-als-jobkiller.html>

28 Quelle: Landtag Brandenburg – Plenarprotokoll 6/27 vom 27.April 2016. <https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/plpr/27-018.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

destagswahl 2013 bewertete sie das Statement, „Der Staat soll keinen gesetzlichen Mindestlohn festlegen“, wie folgt: „Ich stimme zu. Begründung: Der Staat hat nicht die Aufgabe konkrete Löhne festzusetzen. Die Tarifverträge werden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt.“²⁹ Eine wenig überraschende Position, schließlich ist Beatrix von Storch Mitglied in der marktradikalen Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft.

Trotz dieser starken Gegenstimmen hat die AfD auf dem Bundesparteitag in Stuttgart 2016 einen gesetzlichen Mindestlohn in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen.³⁰ Wie passt das zusammen? Wenn betrachtet wird, was der Parteitags-Beschluss nicht enthält, ist das gar kein so großer Widerspruch. Denn weder zur Höhe des Mindestlohns noch zu möglichen Ausnahmen werden von Seiten der AfD Aussagen gemacht. Dabei ist Mindestlohn nicht gleich Mindestlohn. Das bedeutet konkret: Die AfD will sich nicht festlegen, ob der gesetzliche Mindestlohn zukünftig bei 3 Euro, 5 Euro oder 8,50 Euro liegen soll. Im Thüringer Landtag lehnte die AfD-Fraktion noch im April 2016 eine weitere Erhöhung des Mindestlohns kategorisch ab, schließlich seien bereits beim jetzigen Mindestlohn von 8,50 Euro „die Leidtragenden oft deutsche Arbeitnehmer.“³¹ Ohne konkrete Zahl zur Höhe eines gesetzlichen Mindestlohns droht jegliche Forderung der AfD in diesem Bereich daher ein Papiertiger zu bleiben. In Wahlkampf sicherlich nützlich – doch wenn einzelne Landtagsfraktionen sowie die Parteiführung derart gegen den Mindestlohn schießen ist fraglich, wie glaubwürdig die Forderung generell ist.

Auch ist die Kritik am gesetzlichen Mindestlohn mit dem Stuttgarter Beschluss keineswegs verstummt. Im April 2016 äußerte sich Jörg Meuthen, Fraktionsführer der AfD im Landtag Baden-Württemberg und Mitglied im Bundesvorstand, gegenüber der Zeitung „Die Welt“: „Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir mehr differenzieren. Denn es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht. Da hielte ich es für besser, dass man nicht die einzelnen Betriebe zwingt, diesen Menschen trotzdem 8,50 Euro zu zahlen, sondern dass

29 Quelle: Beatrix von Storch im Abgeordnetencheck von Abgeordnetenwatch. In: Internetpräsenz von Beatrix von Storch. Beitrag vom 21.08.2013. <http://www.beatrixvonstorch.de/beatrice-von-storch-im-kandidatencheck-von-abgeordnetenwatch/> aufgerufen am 1.5.2016

30 Quelle: Grundsatzprogramm der AfD, S. 36. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

31 Quelle: AfD-Fraktion im Landtag Thüringen. „Kabotage: Deutsche Unternehmen schauen dumm aus der Wäsche“. Pressemitteilung vom 26. April 2016. <http://afd-thl.de/2016/04/26/kabotage-deutsche-unternehmen-schauen-dumm-aus-der-waesche/> aufgerufen am 1.5.2016

der Staat deren Lohn durch Zuschüsse aufstockt.³² Wie diese Geschenke in Milliardenhöhe für Betriebe mit Dumpinglöhnen gegenfinanziert werden sollen? Jörg Meuthen legt keine konkreten Konzepte für diese Quersubventionierung durch den Steuerzahler vor.

Mitglieder des Bundesvorstands der AfD wie etwa Frauke Petry, Jörg Meuthen oder Beatrix von Storch haben sich öffentlich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn, wie er derzeit praktiziert wird, ausgesprochen. Ob das Konzept gesetzlicher Mindestlohn wieder aus dem Grundsatzprogramm getilgt wird oder ob eine Konkretisierung der Forderungen folgt bleibt abzuwarten. Derzeit bleibt die AfD ihren Wählern zentrale Antworten schuldig und zeigt sich auf Länderebene wie im Bundesvorstand häufig ablehnend. Die massive Kritik an Kontrollen in Betrieben lässt außerdem vermuten, dass man sich in der Durchsetzung lieber auf den „Goodwill“ der Unternehmen verlassen will. Auch das Fehlen einer konkreten Zahl zur Höhe des Mindestlohns sollte nachdenklich stimmen. An derartigen Fragen entscheidet sich nämlich in der Praxis, ob man es mit einem Papiertiger oder einem echten gesetzlichen Mindestlohn zu tun hat. So lange diese und andere Fragen nicht geklärt sind bleibt für AfD-Wähler und Parteimitglieder absolut unklar, was die AfD eigentlich will. Nur so viel ist klar: Zu den glühenden Verfechtern eines starken gesetzlichen Mindestlohns gehörte die AfD weder heute noch in der Vergangenheit.

- Unklare Ausrichtung innerhalb der Partei zum Mindestlohn. Prominente Gegner des Mindestlohns in der AfD
- Konkrete Zahlen zur Höhe des Mindestlohns fehlen sowohl von Seite der Partei als auch von Seiten der Parteiführung

32 Quelle: AfD-Chef Meuthen lobt Grünen-Politiker Palmer. In: Die Welt. Beitrag vom 10.04.2016. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article154181711/AfD-Chef-Meuthen-lobt-Gruenen-Politiker-Palmer.html> aufgerufen am 1.5.2016

2.2 Leiharbeit & Werkverträge: Die große Mogelpackung

Millionen Menschen in Deutschland sind von Leiharbeit und Werkverträgen direkt betroffen. Laut der Statistik der Bundesagentur für Arbeit waren 2015 mehr als 950.000 Menschen in Deutschland in einem Leiharbeitsverhältnis beschäftigt.³³ Durch den Abbau von gesetzlichen Schranken sind immer mehr Unternehmen dazu übergegangen solche, eigentlich als kurzfristige Lösung gedachten Verträge, als kostengünstige langfristige Alternative zu begreifen. Nicht wenige dieser Arbeitsverhältnisse sind mit massiven Problemen für die Beschäftigten behaftet. Schließlich sind sie oft schlechter gestellt im Vergleich zur normalen Belegschaft. Ein Problemfeld: Es ist längst keine Seltenheit mehr, dass in Betrieben Leiharbeiter dieselben Tätigkeiten wie regulär Beschäftigte ausüben - hierfür jedoch nur einen Bruchteil des Lohns bekommen.

Die bessere Kontrolle von Leiharbeit und Verhinderung von Missbrauch ist in der AfD umstritten. In ihrem Programm zur Europawahl erteilte die Partei jeglicher weiteren Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen eine Absage. Dort heißt es wörtlich: „Die derzeitigen gesetzlichen Regelungen, wie beispielsweise das Entsendegesetz, sind weitgehend ausreichend.“³⁴ - Und das, obwohl Gewerkschaften massive Lücken beklagten.³⁵

Im Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2016 schlug man hingegen ganz andere Töne an: „Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen, nicht ersetzen. Wir setzen uns ein für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zur Leiharbeit und für wirkungsvolle Kontrollen.“³⁶ Doch abseits dieser vagen Forderung findet sich nichts Konkretes dazu, wie eine solche Weiterentwicklung aussehen soll. Zugleich heißt es an anderer Stelle im Programm: „Die AfD strebt eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit Entlastungen bei Steuern und Abgaben für Arbeitnehmer und Unternehmen an. Dies eröffnet neue

33 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Branchen-Berufe/generische-Publikationen/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeit-arbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

34 Quelle: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014. S.14. <http://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/04/Europaprogramm-der-AfD1.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

35 Quelle: DGB. „Politik muss Entsendegesetz konsequent ausweiten“. Pressemitteilung vom 1.04.2008. <http://www.dgb.de/presse/++co++59b22eac-155f-11df-4ca9-00093d10fae2> aufgerufen am 1.5.2016

36 Quelle: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. S.27. <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> aufgerufen am 1.5.2016

Chancen, Personalüberlassung klarer und fairer zu regeln und Werkverträge auf ihren ursprünglichen Sinn zu begrenzen.“³⁷ Unter einer „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ kann man viel verstehen – bis hin zu einer Lockerung des Kündigungsschutzes. Die schlechten Konditionen in den atypischen Beschäftigungsverhältnissen drohen mit einer solchen Politik auf den gesamten Arbeitsmarkt ausgeweitet zu werden. Ohne eine Klarstellung, was die von der AfD angestrebte Arbeitsmarktreform vorsieht, wirkt daher auch die Absichtserklärung bei der Leiharbeit wenig glaubwürdig.

Ähnlich ambivalent und uneindeutig sieht es bei der AfD Sachsen aus. Zwar lehnt die AfD dort laut Wahlprogramm „Missbräuche in den Bereichen ‚Zeitarbeit‘ und ‚Werkvertrag‘“ ab und spricht sich gegen eine unbegrenzte Verlängerung von Zeitarbeitsverträgen aus. Wie „ernst“ es der AfD Sachsen mit ihrem Programm ist zeigt sich an einer Pressemitteilung vom Mai 2015 des Fraktionsvorstands, in der die Landtagsfraktion der AfD-Sachsen das komplette Gegenteil fordert. Darin heißt es: „Die derzeitige Wirtschaftspolitik ist alles andere als Werbung für Unternehmensgründungen, beispielhafte Hemmnisse sind Mindestlohn, Entgeltgleichheitsgesetz und (Über-)Regulierungen bei der Zeitarbeit.“ Außerdem ist von einer laut AfD notwendigen „Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung“ die Rede.³⁸ Mit anderen Worten: Von den Forderungen aus dem Wahlprogramm ist wenig geblieben.

Ein Blick auf die AfD Thüringen lässt ähnliche Denkmuster vermuten. Dort heißt es im Wahlprogramm: „Auch der Mißbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muß unterbunden werden. Wir werden uns insofern für eine sachgerechte Weiterentwicklung der bestehenden gesetzlichen Regelungen und für wirkungsvolle Kontrollen einsetzen.“³⁹ Wie diese „Weiterentwicklung“ aussieht – das bleibt die AfD Thüringen ihren Wählern schuldig. An anderer Stelle heißt es jedoch auch hier im Wahlprogramm, man wolle Unternehmen „von bürokratischen Belastungen“ befreien und strebe eine „Senkung behördlicher und gesetzlicher Anforderungen“ für Unternehmer an. Ein Schelm, wer sich seinen Teil dabei denkt, angesichts eines Beklagens zahlreicher „bürokratischen Belastungen“ der Unternehmen.

Zudem gibt es im Bundesvorstand der AfD offene Gegner einer stärkeren Regulierung von Leiharbeit. Zum Fragekomplex von Abgeordnetenwatch „Es ist grundsätzlich

37 Quelle: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. S.43. <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> aufgerufen am 1.5.2016

38 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Firmengründungen in Deutschland rückläufig“. Pressemitteilung vom 26.05.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/firmengruendungen-in-deutschland-rueckklaeufig.html> aufgerufen am 1.5.2016

39 Quelle: AfD Thüringen – Wahlprogramm zur Landtagswahl 2014. S.21f. http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf aufgerufen am 1.5.2016

vertretbar, dass Leiharbeiter weniger verdienen als die Stammbeslegschaft eines Unternehmens“ äußerte sich Beatrix von Storch, EU-Abgeordnete und Mitglied im Bundesvorstand der AfD, wie folgt: „Ich stimme zu. Begründung: Der Staat hat nicht die Aufgabe, Löhne festzusetzen. Tarifverträge werden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt. Den Staat braucht es hier nicht.“⁴⁰ Angesichts dessen ist es wenig verwunderlich, dass der Themenkomplex im Leitantrag der Programmkommission für das Grundsatzprogramm fehlt, das auf dem Bundesparteitag abgestimmt wurde. Man wolle „Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft“ heißt es stattdessen nun im Grundsatzprogramm.⁴¹ In den Forderungen zur Wirtschaftspolitik heißt es vielsagend: „Wir wollen auf breiter Front deregulieren und Bürokratie abbauen.“⁴²

Unterm Strich gibt es bei der AfD zu Werkverträgen und Leiharbeit widersprüchliche Positionen. Im Grundsatzprogramm hat sich die AfD wohl auch wegen dieser Uneinigkeit innerhalb der Partei bisher nicht positioniert. Auf EU-Ebene lehnt sie jegliche weitere Regulierung des Entsendegesetzes ab. Dabei werden von Seiten der Gewerkschaften angesichts zahlreiche Schlupflöcher beständig Nachbesserungen gefordert. Auf Länderebene besteht an vielen Stellen ein Widerspruch zwischen Forderungen und Aussagen von Fraktionen oder Funktionären. Ohne triftige Konzepte drückt sich die AfD damit davor im Bereich der atypischen Beschäftigungsverhältnisse die Karten auf den Tisch zu legen. Und dort wo sie es tut, haben die Arbeitnehmer meist schlechte Karten.

- Widersprüchliche Forderungen auf Landes- und EU-Ebene
- Keine schlüssigen Konzepte
- Widerspruch zu Forderung des Bürokratieabbaus für Unternehmen und „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes

40 Quelle: Beatrix von Storch im Abgeordnetencheck von Abgeordnetenwatch. In: Internetpräsenz von Beatrix von Storch. Beitrag vom 21.08.2013. <http://www.beatrixvonstorch.de/beatrice-von-storch-im-kandidatencheck-von-abgeordnetenwatch/> aufgerufen am 1.5.2016

41 Quelle: Grundsatzprogramm der AfD, S. 67. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

42 Quelle: Grundsatzprogramm der AfD, S. 68. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

2.3 Arbeitslosengeld & Unfallversicherung: Streit um Privatisierung

In Deutschland zahlen abhängig Beschäftigte und ihre Arbeitgeber in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung ein. Diese Absicherung soll die finanziellen Einbußen bei plötzlicher Arbeitslosigkeit für abhängig Beschäftigte abfedern. Die Beiträge werden jeweils zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen. Rund 995.000 Menschen bezogen laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Februar 2016 ALG I.⁴³

Einer der großen noch nicht abschließend gelösten Streitfragen innerhalb der AfD dreht sich um die Zukunft der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. In einer Umfrage unter den Mitgliedern der AfD stimmten 64,5 Prozent für die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit und gleichzeitige Privatisierung von ALG 1. Eine knappe Mehrheit von 53,6 Prozent befürwortet außerdem eine Privatisierung der gesetzlichen Unfallversicherung.⁴⁴ Als Folge wurde in einem ersten Entwurf des Leitantrags zum Grundsatzprogramm in Vorbereitung für den Bundesparteitag in Stuttgart die Forderung nach einer kompletten Privatisierung der Arbeitslosenversicherung aufgenommen:

„Wir wollen das Arbeitslosengeld I privatisieren. Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Aufbaus von Ersparnissen.“⁴⁵

Eine Privatisierung des Arbeitslosengeldes I würde einen massiven Einschnitt in die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Profitieren würden hier vor allem Privatversicherungen, die sich so ein lukratives Geschäftsfeld erschließen können. Für Unternehmen entfällt damit der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Unter idealen Voraussetzungen könnten Arbeitnehmer den Arbeitgeberanteil über Lohnverhandlungen als Aufschlag auf den Lohn hinzuver-

43 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Februar 2016. Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201602/iiia7/leist-heft/leist-heft-d-0-201602.xls.xls> aufgerufen am 1.5.2016

44 Quelle: Auswertung der „Online-Umfrage zum Parteiprogramm Teil 2“. Alternative für Deutschland. <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Ergebnisse-Mitgliederbefragung-zum-Parteiprogramm-Teil-2.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

45 Quelle: Entwurf Leitantrag der Programmkommission für das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Veröffentlicht von Correctiv: https://correctiv.org/media/public/a6/8e/a68ed5e4-32a8-4184-8ade-5c19c37ff524/2016_02_23-grundsatzprogrammmentwurf.pdf aufgerufen am 1.5.2016

handeln. Doch in der Praxis dürfte das nicht ohne weiteres umsetzbar sein. Vor allem in Bereichen mit niedrigem gewerkschaftlichen Organisationsgrad drohen dadurch, ohne zusätzliche gesetzliche Vorgaben, versteckte Lohnkürzungen. In der Praxis wird es zahlreiche Gruppen geben, die bei einer solchen Politik unter die Räder kommen werden. Eine Privatisierung bringt deutliche Nachteile, vor allem wenn die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit komplett auf die Arbeitnehmer abgewälzt wird. Fraglich ist auch, ob eine privatwirtschaftliche Versicherungslösung ein vergleichbares Niveau in Punkto Sicherheit und Kosten bieten kann. Ein Gefahrenszenario: Gerät ein privates Versicherungsinstitut in finanzielle Schwierigkeiten oder legt das Geld seiner Kunden zu risikoreich auf dem Kapitalmarkt an, droht ohne zusätzliche Absicherung ein Totalausfall.

Die Pläne der Programmkommission zur Privatisierung der Arbeitslosenversicherung wurden in zahlreichen Medien kritisch diskutiert und bescherten der AfD einen Sturm der Entrüstung. Der stellvertretende Sprecher der AfD und Chef der Programmkommission Albrecht Glaser ruderte darauf hin zurück: „Bis zum Parteitag im April ist zu wenig Zeit für komplexe Themen wie Rente, Gesundheit oder Arbeitslosenversicherung“. Auch der brandenburgische Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Bundesvorstands Alexander Gauland versuchte zu beschwichtigen: „Wir werden ganz sicher nicht hinter Bismarcks Sozialreformen zurückfallen“.⁴⁶ Im wenig später veröffentlichten geänderten Leitantrag der Programmkommission wurde der Punkt zur Privatisierung von ALG I daher – wahrscheinlich zum großen Bedauern des neoliberalen Flügels - komplett gestrichen.⁴⁷ Angesichts der vielen namenhaften Unterstützern der Forderung innerhalb der AfD-Führung und auch der Rückendeckung aus der Parteibasis dürfte das letzte Wort damit jedoch noch nicht gesprochen sein.

Der Streit um die Privatisierung des Arbeitslosengeldes steht beispielhaft für die neoliberale Ausrichtung weiter Teile der Partei – mit Rückendeckung bei Teilen des Bundesvorstand. „Mut zur Wahrheit“ bedeutet daher auch, nicht auszublenden, dass große Teile der AfD das Spektrum der staatlichen sozialen Absicherung großzügig entkernen wollen. Das Ausmaß derartiger Forderungen ist für das Parteienspektrum in der Bundesrepublik Deutschland außergewöhnlich. Denn bei aller Sympathie zu neoliberalen Konzepten in anderen Parteien halten sich selbst wirtschaftsliberale Abgeordnete mit Vorschlägen, historisch gewachsene und grundlegende Systeme der sozialen Sicherung

46 Quelle: AfD streitet um ihre Sozialpolitische Ausrichtung. In: Spiegel-Online, Beitrag vom 19.03.2016. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/afd-streit-um-ihre-sozialpolitische-ausrichtung-a-1083061.html> aufgerufen am 1.5.2016

47 Quelle: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes. <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

abzuschaffen, eher zurück. Wohl auch weil sie wissen, wie wenig Rückhalt sie mit derartigen Forderung in der Bevölkerung hätten.

- Laut AfD-interner Umfrage ist eine Mehrheit der Mitglieder für die Privatisierung von ALG I und Unfallversicherung
- Konzept findet Unterstützung im AfD-Bundesvorstand

2.4 Hartz IV: Mögliche Absenkung, kein Wort zu Sanktionen

Glaubt man den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit beziehen derzeit rund 4,3 Millionen Menschen, die als erwerbsfähig eingestuft werden, Hartz IV und 6,2 Millionen Menschen in Deutschland sind Teil einer Bedarfsgemeinschaft, die auf ALG II angewiesen ist.⁴⁸ Zählt man all jene dazu, die aufgrund statistischer Tricks herausgerechnet werden, dürfte die Zahl noch höher liegen. Seit seiner Einführung im Rahmen der Agenda 2010 blieb Hartz IV ein politisch umstrittenes Thema. Sozialverbände kritisieren die Höhe der Bezüge gerade bei Familien als unzureichend. In Deutschland wuchsen 2015 Schätzungen zufolge rund 1,66 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Familien auf, die auf Hartz IV angewiesen sind – und damit in Armut. Das wäre fast jedes siebte Kind in Deutschland. Ein Streitpunkt in der politischen Debatte sind vor allem die finanziellen Sanktionen. Weigern sich Hartz IV-Bezieher beispielsweise 1-Euro-Jobs anzunehmen, drohen finanzielle Kürzungen ihrer Bezüge.

Die AfD Baden-Württemberg forderte in ihrem Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 eine „Bürgerarbeit statt Hartz IV“. Eine nahezu wortgleiche Forderung findet sich in den Wahlprogrammen der Landesverbände Bremen und Hamburg.⁴⁹ Aufhorchen lässt, dass lediglich der Landesverband Bremen den Zusatz einer „fakultativen“, also freiwilligen

⁴⁸ Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. 2016. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Grundsicherung-fuer-Arbeitsuchende-SGBII/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften/Personengruppen-Bedarfsgemeinschaften-Nav.html> aufgerufen am 1.5.2016

⁴⁹ Quelle: AfD Landesverband Hamburg, Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2015, S.25: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrgerschaftswahl-Programm-D.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

ligen Tätigkeit ergänzt hat.⁵⁰ Im Programm der AfD Baden Württemberg fehlt dieser Zusatz jedoch, wie man dem folgenden Wortlaut entnehmen kann:

„Die AfD Baden-Württemberg setzt sich für ein Pilotprojekt ‚Bürgerarbeit statt Hartz IV‘ ein. Unter Bürgerarbeit ist die Ausübung gemeinnütziger Arbeit durch Langzeitarbeitslose zu verstehen, die nicht unmittelbar in Konkurrenz zum Arbeitsmarkt steht. Bürgerarbeit soll ca. 30 Wochenstunden umfassen und mit ca. 1.000 EUR monatlich sozialversicherungspflichtig entlohnt werden. Den Langzeitarbeitslosen wird die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten eröffnet und die Gesellschaft erhält einen Gegenwert für die Unterstützungsleistungen.“⁵¹

Das von der AfD vorgeschlagene Konzept der Bürgerarbeit ist tatsächlich politisch ein alter Hut. Mit Unterstützung der damaligen Arbeitsministerin Ursula von der Leyen wurde das Pilotprojekt „Bürgerarbeit“ 2010 (bis 2014 befristet) bundesweit gestartet. Das Projekt hatte ein Gesamtvolumen von einer Milliarde Euro – fast 50.000 Menschen bekamen im Rahmen dieser Maßnahme einen „Bürgerarbeitsplatz“ zugeteilt. Von Seiten der Opposition hagelte es Kritik für das Projekt der Regierung aus Union und FDP. In der Summe war das Ergebnis dieser Maßnahme eine einzige Enttäuschung: Nur wenige Teilnehmer konnten in sozialversicherungspflichtige Jobs vermittelt werden. Gerade die gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen unter den Teilnehmern fielen durchs Raster. Dabei wurde im Vorfeld von Befürwortern beteuert, gerade für diese Gruppe sei die Maßnahme besonders sinnvoll.

Im Abschlussbericht des Projekts Bürgerarbeit vom Dezember 2015 heißt es zum Nutzen der Maßnahme für die Arbeitssuchenden: „Es ist ein erheblich negativer Effekt der Teilnahme auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt festzustellen. Innerhalb der ersten zwei Jahre wäre die geschätzte Integrationswahrscheinlichkeit ohne die Teilnahme an der Beschäftigungsphase durchgängig mehr als doppelt so hoch gewesen.“⁵² In Bezug auf die Kosten und den Nutzen der Maßnahme kommt man außerdem zu dem Ergebnis: „Hinsichtlich der Effizienz zeigt sich, dass das Modellprojekt als Ganzes eine deutlich negative Effizienz aufweist.“

50 Quelle: AfD Landesverband Bremen Wahlprogramm 2015. S.15. http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf aufgerufen am 1.5.2016

51 Quelle: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. S.27. <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> aufgerufen am 1.5.2016

52 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Evaluation der Modellprojekte „Bürgerarbeit“ - Endbericht. Forschungsbericht 458. S.111, S.152f. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/Forschungsberichte/fb-458-evaluation-der-modellprojekte-buergerarbeit-endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=2 aufgerufen am 1.5.2016

Mit der „Bürgerarbeit“ hat die AfD einen alten Hut aus der politischen Mottenkiste ausgegraben, der in der Praxis bereits versagt hat. Im Hinblick auf die derzeitige Sanktions-Praxis sollte nicht nur das Fehlen des Zusatzes der „Freiwilligkeit“ in einigen Landesverbänden der AfD misstrauisch machen. Die Erfahrung zeigt, dass selbst bei anfänglicher Freiwilligkeit der Übergang zum sanktionsbewehrten Zwang fließend ist. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kritisierte das Konzept bereits damals im Hinblick auf diese Bedrohung massiv:

„Bürgerarbeit hört sich zunächst freundlich an, es klingt nach freiwilligem Engagement, „Bürger tun etwas für andere Bürger“. Doch der Übergang zur „Arbeitspflicht“ ist fließend, je nach Ausgestaltung und gesetzlichen Rahmenbedingungen.“⁵³

Zudem ist zu befürchten, dass in Zeiten leerer Kassen bei Kommunen und Ländern die Bereitschaft steigt, die „Gemeinnützigkeit“ von Jobs großzügiger auszulegen. Etwa, um damit auf die günstigen Arbeitskräfte der „Bürgerarbeit“ zugreifen zu können. Laut Aussagen von Frauke Petry in einem Interview vom April 2015 gehe es bei dem Projekt „Bürgerarbeit“ auch darum, dass die Langzeitarbeitslosen etwas an den Staat „zurückgeben“ sollen: „Bei der Bürgerarbeit geht es vor allem darum, dass Menschen überhaupt wieder an Arbeit herangeführt werden. Aber es muss auch das Leistungsprinzip gelten: Wer als Langzeitarbeitsloser eine Leistung vom Staat erhält, muss dem Staat auch etwas zurückgeben.“⁵⁴ Statt einer Formulierung nach der ein Langzeitarbeitsloser etwas zurückgeben „kann“ wählt Petry an dieser Stelle bewusst die Formulierung „muss“. Was auch wieder Fragen in Bezug auf die Freiwilligkeit der Maßnahme in der Praxis aufwirft.

Neben der „Bürgerarbeit“ kursieren innerhalb der AfD noch weitere Konzepte zu Hartz IV. Die Programmkommission hat für den Bundesparteitag in Stuttgart 2016 einen Entwurf erarbeitet, der eine „Aktivierende Grundsicherung“ statt Hartz IV vorsieht. Diese sieht vor, dass der Unterstützungsbeitrag mit wachsendem Einkommen absinkt, bis ab einer bestimmten Grenze Einkommenssteuer zu entrichten sein soll. Bei einer Umfrage vom Februar 2016, die an alle AfD-Mitglieder bundesweit versendet wurde und

53 Quelle: DGB, Bereich Arbeitsmarktpolitik. Arbeitsmarkttaktuell. 3.März 2010. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Dokumente/%20%20%20%20%203-10%20Brgerarbeit.pdf aufgerufen am 1.5.2016

54 Quelle: Holst, Norbert. „Bremen legt desaströse Haushaltspolitik vor“. Interview mit Frauke Petry vom 17.04.2015. In: Weser Kurier. http://www.weser-kurier.de/bremen/buergerschaftswahl2015_artikel,-%E2%80%9EBremen-legt-desastroese-Haushalte-vor%E2%80%9C-_arid,1103381.html aufgerufen am 1.5.2016

an der sich 5916 Mitglieder beteiligten stimmten 91 Prozent für diese Forderung.⁵⁵ Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es hierzu:

„Dadurch entsteht Arbeitsanreiz. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot). Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen.“⁵⁶

Nach einer Forderung zur Anhebung von Hartz-IV-Sätzen oder einer Kritik der Sanktionspolitik sucht man bei der AfD vergeblich. Ebenso weigert sich die Parteispitze Karten auf den Tisch zu legen und konkrete Zahlen zu den erwarteten Kosten einer „Bürgerarbeit“ für den Steuerzahler zu machen. Dabei sind genau das die entscheidenden Fragen, die in der Praxis zählen. Parteichefin Frauke Petry spricht sich explizit gegen eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze aus. Aus ihrer Sicht „gefährden wir mit höheren Hartz-IV-Sätzen die finanzielle Leistungsfähigkeit aller Gebietskörperschaften“ und deshalb lehne sie entsprechende Forderungen des DGB ab.⁵⁷ Lydia Funke, Abgeordnete der AfD Sachsen-Anhalt gab gar in einem Interview im März 2016 mit Frontal 21 bekannt, sie wolle den Hartz-IV-Satz absenken „um die Leute wieder zu fordern, dass sie in Arbeit gehen“.⁵⁸ Im Programm der AfD Sachsen fordert man außerdem einen deutlichen Unterschied zwischen der „Gesamtleistung ‚Hartz IV‘ und der Bezahlung in unteren Lohngruppen“.⁵⁹ Zum gesetzlichen Mindestlohn findet sich jedoch keine Forderung im selben Programm – was stutzig machen sollte.

In der Frage von Hartz IV vertritt die AfD außerdem laut ihren „Politischen Leitlinien“ aus den Jahr 2015 die Position, Transferempfänger müssten sich „solidarisch zeigen, um die Belastung der Gemeinschaft so niedrig wie möglich zu halten, und sich – wenn es ihnen möglich ist – durch Eigenengagement und Mitwirkung aus ihrer Notlage versuchen

55 Quelle: Auswertung der „Online-Umfrage zum Parteiprogramm Teil 2“. Alternative für Deutschland. <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Ergebnisse-Mitgliederbefragung-zum-Parteiprgramm-Teil-2.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

56 Quelle: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S.37. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

57 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Dr. Frauke Petry: Höhere Hartz-IV-Sätze gefährden den Sozialstaat“. Pressemitteilung vom 5.2.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/dr-frauke-petry-hoehere-hartz-4-saetze-gefaehrden-den-sozialstaat.html> aufgerufen am 1.5.2016

58 Quelle: Frontal 21. Bericht vom 08.03.2016. <http://www.zdf.de/frontal-21/die-denkzettel-partei-wofuer-steht-die-afd-42601822.html> aufgerufen am 1.5.2016

59 Quelle: AfD Sachsen Wahlprogramm 2014. S.10

zu befreien.“⁶⁰ Wie ein solches „Eigenengagement“ und die geforderte „Mitwirkung“ aussehen sollen und welche Sanktionen bei Mangel der selbigen verhängt werden, lässt die AfD derzeit bewusst an vielen Stellen offen. Eine grundsätzliche Absage zu Sanktionen fehlt und lässt daher vermuten, dass dies nicht ohne Zwangsmaßnahmen eingefordert würde. Gleichzeitig gibt es Aussagen von AfD-Akteuren, die eine Absenkung des Hartz-IV-Satzes fordern. Angesichts der hohen Zustimmungsrates für die AfD unter Arbeitslosen verwundert es nicht, dass das Thema Hartz IV in der öffentlichen Kommunikation durch die AfD eher gemieden wird. Viele Aussagen und Positionen der AfD zum Thema Arbeitslosigkeit und Hartz IV zeichnen schließlich das Menschenbild einer neo-liberalen Partei und eben keiner Partei mit einem Blick nahe an den Bedürfnissen von Sozialhilfeempfängern.

- Zahlreiche Landesverbände befürworten Neuauflage des „Bürgerarbeit“-Konzepts
- Keine Ablehnung für Sanktionen von Hartz IV-Empfängern
- Aussagen der Parteispitze: Keine Leistung ohne Gegenleistung

60 Quelle: Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Alternative für Deutschland 2015. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf aufgerufen am 1.5.2016

3. Steuerpolitik: Wahlgeschenke für Vermögende

Eine Bilanz hat immer zwei Seiten. Eine Erhöhung, Senkung oder Abschaffung einzelner Steuerarten ist nicht nur entscheidend für das Gesamtbudget des Staates. Steuerpolitik entscheidet auch darüber, in welchem Verhältnis staatliche Ausgaben gesellschaftlich geschultert werden. Damit ist es nicht zuletzt ein entscheidendes Mittel der Umverteilung. Hinzu kommt eine weitere sozialpolitische Bedeutung für die Besteuerung: Durch gezielte Eingriffe kann der Staat sowohl wirtschaftliches Wachstum anregen sowie z.B. finanziell schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen entlasten. Das folgende Kapitel nimmt wichtige Positionen der AfD zur Steuerpolitik unter die Lupe. Besonderes Augenmerk richtet sich dabei auf die Einkommenssteuer und die Erbschaftsteuer.

3.1 Einkommensteuer: Kirchhof und das Stufen-Modell

Fast ein Drittel der Steuereinnahmen fließen über die Einkommensteuer in den Staatshaushalt. Laut Statistischem Bundesamt waren das 2015 rund 178,9 Milliarden Euro.⁶¹ Zusammen mit der Umsatzsteuer handelt es sich damit um den einen der größten Einkommensposten für die Finanzierung von Staatsausgaben wie etwa Bildung, Soziales oder Infrastrukturausgaben. Die Gestaltung der Einkommensteuer ist daher auch entscheidend dafür, auf welchen Schultern die Lasten der Gemeinschaft verteilt werden. Die Einkommenssteuer in der Bundesrepublik Deutschland folgt einem Modell der progressiven Besteuerung. Ab 53.665 Euro Bruttojahreseinkommen gilt ein Steuersatz von 42 Prozent. Für hohe Einkommen ab 254.446 gilt ein Spitzensteuersatz von bis zu 45 Prozent. Der Staat nutzt heute wie damals zahlreiche Möglichkeiten zur Feinjustierung durch Ausnahmen sowie die Festlegung von Freibeträgen. Für Alleinstehende gilt derzeit ein Grundfreibetrag von 8.652 Euro im Jahr. Wer Kinder hat, für den gilt ein gesonderter, höherer Grundfreibetrag. In der Vergangenheit galten im Schnitt höhere Spitzensteuersätze in Deutschland, z.B. 53 Prozent in den 1990ern. Zudem war die Einkommensschwelle für den Spitzensteuersatz einst deutlich niedriger.

61 Quelle: Statistisches Bundesamt. Steuereinnahmen 2015. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/Steuern/Steuerhaushalt/AktuellSteuereinnahmen.html> aufgerufen am 1.5.2016

Zur Bundestagswahl 2013 forderte die AfD „eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhof'sche Steuermodell.“⁶² Im den 2015 veröffentlichten politischen Leitlinien der AfD blieb man dieser Position treu und mahnte: „Hierzu müssen die zahlreichen Ausnahmetatbestände gestrichen werden, wie es schon das Kirchhof'sche Steuermodell vorsah.“⁶³ Rückendeckung bekommt diese Forderung von höchster Stelle. Die Parteivorsitzende Frauke Petry bekannte sich im Interview mit der Thüringischen Landeszeitung im August 2013 zu Kirchhof und sagte über das AfD-Stufenmodell für die Besteuerung: „Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof.“⁶⁴ In einer Umfrage unter den AfD-Mitgliedern sprachen sich 92,8 Prozent im Frühjahr 2016 für eine Einführung eines Stufentarifs aus.⁶⁵ Auch im Leitantrag zum Grundsatzprogramm wird ein Stufenmodell gefordert, jedoch ohne namentlicher Nennung von Kirchhof.⁶⁶

Hinter dem AfD-Konzept steckt ein politisch alter Hut. Das von Paul Kirchhof im Jahr 2003 vorgestellte Modell mit einer Anpassung im Jahr 2011 sieht vor, die heutige progressive Besteuerung von Einkommen zugunsten eines Stufenmodells mit 15, 20 und 25 Prozent Besteuerung abzuschaffen. Einkommen bis 10.000 Euro bleiben dabei steuerfrei, für Kinder soll ein Freibetrag von 8000 pro Kind gelten. Die Einkommen zwischen 10.001 und 20.000 sollen laut Kirchhof in einem Stufentarif mit 15-20 Prozent besteuert werden. Für alle Einkommen darüber soll ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent gelten – egal ob es sich um ein Einkommen von 20.001 Euro oder einer Million handelt. Gleichzeitig sollen zahlreiche Steuervergünstigungen komplett gestrichen werden. Kirchhofs Modell sieht außerdem vor, dass der maximale Steuersatz von 25 Prozent auch für Unternehmensgewinne und Kapitalerträge gelten soll. Die bisherige Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer würde damit abgeschafft werden und Betriebe würden dann wie Arbeitnehmer je nach Einkommen besteuert.

62 Quelle: Alternative für Deutschland. Kurzwahlprogramm zur Bundestagswahl 2013. http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2013/05/2013_Wahlprogramm.pdf aufgerufen am 1.5.2016

63 Quelle: Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland. Alternative für Deutschland 2015. S.10f. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/01/AfD_Leitlinien_2015_DE.pdf aufgerufen am 1.5.2016

64 Quelle: AfD: „Weniger Macht für Brüssel und keinen EU-Sozialismus“. In: Thüringische Landeszeitung vom 28.08.2013. <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/AfD-Weniger-Macht-fuer-Bruessel-und-keinen-EU-Sozialismus-1379003613> aufgerufen am 1.5.2016

65 Quelle: Auswertung der „Online-Umfrage zum Parteiprogramm Teil 2“. Alternative für Deutschland. <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Ergebnisse-Mitgliederbefragung-zum-Parteiprogramm-Teil-2.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

66 Quelle: Grundsatzprogramm der AfD, S. 74. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

Laut Statistischem Bundesamt gab es 2010 rund 14 666 „Einkommensmillionäre“ mit Durchschnittseinkünften von 2,8 Millionen Euro.⁶⁷ Vor allem hier dürften die Forderungen der AfD, Kirchhof wieder auf die Agenda zu holen, für Applaus sorgen. Statt eines Spitzensteuersatzes von 45 Prozent würde bei einem Einkommensmillionär dann derselbe Steuersatz gelten wie beim Durchschnitts-Arbeitnehmer – der Spitzensteuersatz für Reiche würde damit praktisch abgeschafft. „Hohe Einkommen würden deutlich entlastet“, urteilte Stefan Bach, Steuerexperte am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) über Kirchhofs Steuerreform. „Aber für eine solche Entlastung gibt es aus ökonomischer Sicht keinen Grund.“⁶⁸ Der DGB lehnt einen Stufentarif als sozial ungerecht ab. DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki urteilte bereits 2009 über ähnliche Pläne der Schwarz-Gelben Regierung: „Ausdruck einer gerechten Steuererhebung ist insbesondere ihre umverteilende Wirkung: Diejenigen, die viel haben, sollen mehr als nur einen proportional höheren Beitrag leisten. Deshalb sind in erster Linie umfassende und progressiv erhobene Einkommensteuern nötig; aber auch die Vermögens- und Erbschaftsteuer gehören dazu.“⁶⁹

„Die AfD setzt sich für die Senkung der Steuern und Abgaben sowie für praktizierte Steuergerechtigkeit ein“, heißt es im Wahlprogramm der AfD Baden-Württemberg aus dem Jahr 2016.⁷⁰ Führende AfD-Politiker unterstützen explizit die Forderung nach Steuer-Ersparnissen für hohe Einkommen. „Der Spitzensteuersatz ist hoch genug.“ äußerte sich etwa Beatrix von Storch, Bundesvorstandsmitglied und EU-Abgeordnete, im Zuge einer Befragung von Abgeordnetenwatch.⁷¹ Derart unverblümt wie von Storch will man sich in offiziellen Programmen hingegen nicht äußern – dort verpackt man die Novelle lieber als Gewinn für alle – ohne dabei aufzuschlüsseln für wen die Steuern gesenkt werden oder wie daraus folgende Einkommenseinbußen für die Staatskasse aufgefangen werden sollen.

67 Quelle: Statistisches Bundesamt. „14666 Einkommensmillionäre in 2010“. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/Steuern/LohnEinkommensteuer/Aktuell.html> aufgerufen am 1.5.2016

68 Quelle: Kaiser, Stefan. Wer von Kirchhofs Plänen profitiert – und wer nicht. Spiegel-Online. Erschienen am 28.06.2011. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/steuerkonzept-wer-von-kirchhofs-plaenen-profitiert-und-wer-nicht-a-771115.html> aufgerufen am 1.5.2016

69 Quelle: DGB. „Matecki: Stufentarif würde Steuersystem noch ungerechter machen“. Pressemitteilung vom 18.11.2009. <http://www.dgb.de/presse/++co++91c66004-1561-11df-4ca9-00093d10fae2> aufgerufen am 1.5.2016

70 Quelle: Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. S.41. <http://afd-bw.de/wahlprogramm/> aufgerufen am 1.5.2016

71 Quelle: Beatrix von Storch im Abgeordnetencheck von Abgeordnetenwatch. In: Internetpräsenz von Beatrix von Storch. Beitrag vom 21.08.2013. <http://www.beatrixvonstorch.de/beatrice-von-storch-im-kandidatencheck-von-abgeordnetenwatch/> aufgerufen am 1.5.2016

Wie sich ein Stufentarif nach Kirchhof konkret für Normale und Niedrige Einkommen auswirkt muss im Einzelfall betrachtet werden. Die von Kirchhof geforderte pauschale Streichung von Steuervergünstigungen beträfe nicht nur Großverdiener sondern auch viele normale Arbeitnehmer, die derzeit von Pendlerpauschalen, Steuerfreiheit von Sonn-, Nacht- und Feiertagsarbeit und anderen Sonderregelungen profitieren. Von einer Erhöhung des Grundfreibetrags können Geringverdiener mit vielen Kindern zwar profitieren, allerdings gibt es im bestehenden Steuersystem ebenfalls Vergünstigungen für diese Gruppe, die im Einzelfall verglichen werden müssen. Selbst bei niedrigerer persönlicher Steuerlast dürften unterm Strich dennoch viele Arbeitnehmer nicht von einer derartigen Reform profitieren. Denn dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle. Und Einnahmeausfälle bedeuten meist auch weniger Geld für Bildung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur. Die Schere zwischen Arm und Reich, die immer weiter auseinander klafft, wird damit nicht geschlossen – das Gegenteil ist der Fall. Denn für hohe Einkommen rentiert sich das Modell allemal.

Die Risiken des Kirchhof-Modells wurden in den vergangenen Jahren bereits ausführlich von namenhaften Ökonomen und Arbeitnehmervertretern kritisiert. Ein Stufenmodell in Anlehnung an Kirchhof würde massive Einschnitte für den Staatshaushalt bedeuten. Wo genau gespart werden soll, das verrät die AfD jedoch nicht. Um das Konzept genauer bewerten zu können sind solche Angaben jedoch dringend erforderlich. Denn da die AfD auf Ebene des Bundes und der Länder eine Neuverschuldung weitgehend ablehnt, droht das AfD-Konzept die Finanzierung zahlreicher staatlicher Leistungen in Frage zu stellen. Überdurchschnittlich stark betroffen von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich ist dabei gewöhnlich die Gruppe der Geringverdiener. Diese können bei Kürzungen staatlicher Dienstleistungen weder auf Privatschulen ausweichen, noch Kürzungen im Gesundheitsbereich durch private Zusatzinvestitionen auffangen. Selbst wenn die Reform für einen Haushalt 100 Euro mehr im Monat bringt, wiegt dies womöglich nicht Kürzungen bei staatlich bezuschussten Leistungen in anderen Bereichen auf. Ein Steuermodell nach Kirchhof ist daher in erster Linie eine Mogelpackung, von der vor allem hohe Einkommen und Vermögende profitieren. Das Konzept der AfD zum Kippen der progressiven und deshalb sozial gerechteren Besteuerung ist daher weder sozial gerecht noch ökonomisch durchdacht. Es würde ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich in Deutschland noch mehr anheizen.

- Abschaffung des progressiven Steuermodells zugunsten eines Stufentarifs in Anlehnung an das Konzept von Paul Kirchhof
- Absenkung des Spitzensteuersatzes
- Drohender Einnahmeausfall in Kombination mit Ablehnung der Neuverschuldung lässt Fragen der Finanzierung offen

3.2 Erbschaftsteuer: Wahlgeschenke für Vermögende

Glaubt man den Hochrechnungen des Lobby-Think-Tanks „Deutsches Institut für Altersvorsorge“ in einer aktuellen Studie, werden in den Jahren 2015 bis 2024 in Deutschland 3,1 Billionen Euro vererbt werden. Trifft diese Prognose ein, werden rund 30 Prozent des Gesamtvermögens aller privaten Haushalte damit bis 2024 umgeschichtet. Die Zunahme der Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft macht sich dabei auch hier bemerkbar. Die oberen zwei Prozent der Erbschaften werden laut der Studie ein Drittel des Gesamtvolumens der Erbschaften bis 2024 stellen. Dabei gibt es deutliche regionale Unterschiede. Große Geld-Erbschaften über 150.000 Euro sind im Westen (12 Prozent) häufiger als im Osten (5 Prozent). Todesfälle, bei denen nichts vererbt wird, sind im Westen (17 Prozent) hingegen fast genauso häufig wie im Osten (16 Prozent).⁷²

Für den Großteil der Erben spielen Erbschafts- und Schenkungssteuer heute keine oder nur eine untergeordnete Rolle. In Deutschland gelten hohe Freibeträge – der Großteil des Steueraufkommens wird durch wenige große Schenkungen und Erbschaften von Vermögenden erwirtschaftet. Lediglich 0,3 Prozent der steuerpflichtigen Erbschaften hatten ein Volumen von über 5 Millionen Euro. Diese waren jedoch für 23 Prozent der Einnahmen bei der Erbschaftsteuer verantwortlich. Bei den Schenkungen sieht es ähnlich aus: 1,5 Prozent der Schenkungsfälle kamen auf einen Betrag über 5 Millionen Euro und stellten gleichzeitig 32 Prozent der festgesetzten Schenkungssteuer. Die gesamten Einnahmen aus der Schenkung- und Erbschaftsteuer beliefen sich laut statistischem Bundesamt für das Jahr 2014 auf rund 5,5 Milliarden Euro.⁷³

Die Positionierung der AfD ist in der Erbschaftssteuer radikal und unterscheidet sich deutlich von den Forderungen vieler anderer Parteien. Die AfD will die Erbschaftsteuer nicht etwa nur kürzen. Sie will sie genauso wie die Vermögensteuer ganz abschaffen. Im Grundsatzprogramm der Partei heißt es unter der Überschrift „Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen, Gewerbesteuer überprüfen“ wie folgt : „Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer abschaffen.

72 Quelle: Dr. Braun, Reiner. Erben in Deutschland 2015-2024. Volumen, Verteilung und Verwendung. Deutsches Institut für Altersvorsorge. http://www.dia-vorsorge.de/fileadmin/userfolders/downloads/pdf/DIA_Studie_Erben_in_Deutschland_LowRes.pdf aufgerufen am 1.5.2016

73 Quelle: Statistisches Bundesamt. „15,1 % Zuwachs an festgesetzter Erbschaft- und Schenkungssteuer auf 5,4 Milliarden Euro in 2014“. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/Steuern/WeitereSteuern/Aktuell_ErbschaftSchenkung.html aufgerufen am 1.5.2016

Beide sind Substanzsteuern, d.h. sie werden unabhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers erhoben.⁷⁴

Der Bundesvorstand der AfD zieht mit dieser Forderung offensiv ins Feld. Zur letzten Reform der Erbschaftsteuer durch die Große Koalition erklärte Alice Weidel, Mitglied im Bundesvorstand der AfD, im Februar 2016: „Eine Steuer, die gegen Null geht, stärkt die Familien, fördert den unternehmerischen Geist, stärkt den Mittelstand und macht nicht zuletzt den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver. [...] Auch sollte sich jeder Abgeordnete die Frage stellen, wo das Geld besser angelegt ist: im Staatsapparat ohne wirtschaftliche Wertschöpfung oder im Vermögen von Familien und Familienunternehmen, die nicht in Legislaturperioden denken, sondern in Generationen.“⁷⁵ Ähnlich äußerte sich auch Jörg Meuthen, ebenfalls Mitglied im Bundesvorstand der AfD und Fraktionsführer im Landtag Baden-Württemberg, im März 2015: „Die Erbschaftsteuer ist nicht nur in der heutigen Ausgestaltung verfassungswidrig. Sie ist in egal welcher Ausgestaltung leistungsfeindlich, weil sie bereits versteuerte Einkommenserzielung erneut belastet.“⁷⁶ Mario Berger, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im sächsischen Landtag, kritisiert eine angebliche „linksrotgrüne Neidpolitik, die es offenbar nicht ertragen kann, dass es Bürger mit Vermögen gibt“ bei der Erbschaftsteuer und fordert daher ebenfalls eine Abschaffung.⁷⁷

Zu den größten Profiteuren einer Streichung der Erbschaftsteuer dürften die Schwerreichen obersten zwei Prozent der Erben zählen, auf die allein bis 2024 ein Drittel des Erbschaftsvermögens in Deutschland entfallen wird. Obwohl für Familienunternehmen, Landwirtschaftsbetriebe und Familien ohne Millionenerbe bereits großzügige Ausnahmen gelten, bemüht die AfD das Bild der gebeutelten Familie als Opfer der Erbschaftsteuer. Dass die Steuerzahlungen an den „Staatsapparat“ neben der Umverteilung auch der Finanzierung zahlreicher staatlicher Aufgaben dienen, während sie im Privat-

74 Quelle: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, S.75. https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf aufgerufen am 9.6.2016

75 Quelle: Alternative für Deutschland. „Weidel: Reform der Erbschaftsteuer – Eine historische Chance für eine Abschaffung“. Pressemitteilung vom 15.02.2016. <https://www.alternativefuer.de/2016/02/16/weidel-reform-der-erbschaftssteuer-eine-historische-chance-fuer-eine-abschaffung/> aufgerufen am 1.5.2016

76 Quelle: Alternative für Deutschland. „Meuthen: Erbschaftsteuer nicht umgestalten, sondern abschaffen!“. Pressemitteilung vom 4.03.2015. <https://www.alternativefuer.de/2015/03/04/meuthen-erbschaftsteuer-nicht-umgestalten-sondern-abschaffen/> aufgerufen am 1.5.2016

77 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Erbschaftssteuer abschaffen, staatlichen Diebstahl beenden“. Pressemitteilung vom 14.08.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/erbschaftssteuer-abschaffen-staatlichen-diebstahl-beenden.html> aufgerufen am 1.5.2016

vermögen einiger weniger reicher Familien keine soziale Wirkung entfalten – dieses Detail verschweigt die AfD lieber.

In Zeiten, in denen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, nimmt die Bedeutung der Erbschafts- und Schenkungsteuer als Instrument der Umverteilung zu. Wenn bis zum Jahr 2024 ein Drittel des Nettovermögens der Privathaushalte den Besitzer wechselt, soll jedoch die Staatskasse nach dem Willen der AfD leer ausgehen. Dies geht vor allem zu Lasten derjenigen, die wenig oder nichts zu vererben haben. Denn für die meisten Normalverdiener ist die Erbschaftsteuer angesichts hoher Freibeträge nicht von Bedeutung. Wer auf staatliche Leistungen wie Bildungseinrichtungen, Gesundheitsleistungen und Soziale Absicherung angewiesen ist, verliert bei einer solchen Politik. Schließlich können viele dieser Leistungen im derzeitigen Umfang nur durch eine Besteuerung hoher Vermögen und Einkommen bereitgestellt werden. Wenn nicht nur bei der Einkommensteuer die Einnahmen sinken sondern auch weitere Steuern wie etwa die Erbschaftsteuer wegfallen, drohen viele staatlich finanzierte Leistungen dem Rotstift zum Opfer zu fallen. Fazit: Die AfD vertritt mit ihrer Position zur Erbschaftsteuer vor allem die Interessen der großen Vermögen in Deutschland – und nicht die der normalen Erben. Die Gruppe der Vermögenden könnte sich mit einer solchen Politik aus ihrer Verantwortung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ziehen. Für Durchschnitts- und Geringverdiener ist das ein deutlicher Nachteil. Aber auch gesamtgesellschaftlich ist ein solcher Ansatz problembehaftet. Schließlich gefährdet ein Abbau bei der Umverteilung auch den sozialen Frieden angesichts einer zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich.

- AfD will Erbschaftsteuer komplett abschaffen
- Davon profitieren aufgrund der derzeit bereits hohen Freibeträge allein die Vermögenden

4. Fazit: Neoliberale Politik in blauer Verpackung

Sozialpolitik hat viele Facetten. Die in dieser Studie betrachteten Punkte stehen dabei exemplarisch für deutliche Tendenz innerhalb der AfD den Schwerpunkt weg von der Sozialen Umverteilung hin zur unsichtbaren Hand des Marktes zu lenken – die dann schon gemäß des neoliberalen Dogmas alles regeln wird.

Das Mittelstandsforum in der AfD war sich nach dem Sturz von Parteigründer Bernd Lucke als Vorsitzenden sicher: „Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.“⁷⁸ Und so setzt man sich im Landtag Sachsen etwa für eine „Zurückdrängung marktfremder merkel-sozialistischer Marktbürokratisierung“ ein.⁷⁹ Geht es nach Co-Sprecher Jörg Meuthen, soll die AfD weiterhin ihrer wirtschaftsliberalen Ausrichtung treu bleiben. „Nur wenn Bürger in existenzielle Nöte geraten, die sie nicht selbst bewältigen können, ist der Staat gefragt.“, so Meuthen gegenüber dem Spiegel. Die AfD setze sich „entschieden gegen jede soziale Vollkaskomentalität ein“. Im Hinblick auf die Statistiken zum Einzug der AfD in Baden-Württemberg im April 2016 sagte er: „Wir können nicht nur eine Partei der Geringverdiener und Arbeitslosen sein.“⁸⁰ Tatsächlich hatte die Partei in diesen Gruppen enormen Zuspruch erhalten.

Eine deutlich neoliberal geprägte Handschrift ist auch in der Arbeit auf Länderebene erkennbar. „Die Mietpreisbremse ist in einer freien Marktwirtschaft ein nicht-legitimes Mittel und verstößt gegen das grundlegende Prinzip der Vertragsfreiheit“, bewirbt etwa

78 Quelle: Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland e.V.. „Gemeinsame Presseerklärung der AfD-Partei und des AfD-Mittelstandsforums“. Presseerklärung vom 17.07.2015. <http://mittelstandsforum.org/gemeinsame-presseerklaerung-der-afd-partei-und-des-afd-mittelstandsforums/> aufgerufen am 1.5.2016

79 Quelle: AfD-Fraktion Sachsen. „Firmengründungen in Deutschland rückläufig!“. Pressemitteilung vom 26.05.2015. <http://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/firmengruendungen-in-deutschland-ruecklaeufig.html> aufgerufen am 1.5.2016

80 Quelle: AfD streitet um ihre Sozialpolitische Ausrichtung. In: Spiegel-Online, Beitrag vom 19.03.2016. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/afd-streit-um-ihre-sozialpolitische-ausrichtung-a-1083061.html> aufgerufen am 1.5.2016

die Hamburger Fraktion einen Redebeitrag ihres Abgeordneten Dr. Bernd Baumann.⁸¹ Die Grunderwerbsteuer, für durch den Eigner bewohnte Immobilien, will die AfD in Hamburg gar komplett aussetzen. Dieses Beispiel aus der Praxis der parlamentarischen Arbeit ist mit ähnlichen Problemen behaftet wie AfD-Forderungen zu Einkommens- und Erbschaftsteuer. Von einer derartigen Aussetzung nach Gießkannenprinzip würden Käufer kostspieliger Immobilien besonders profitieren.⁸² Ohne die Mietpreisbremse würde sich gerade in Ballungsgebieten mit überhitztem Wohnungsmarkt wie Hamburg oder Berlin die Spirale der Verdrängung von Mietern durch Verteuerung noch schneller drehen. Dieses Beispiel zeigt: Nicht wenige soziale Errungenschaften drohen mit der AfD einer Vision des „schlanken Staats“ zum Opfer zu fallen.

Im Thüringischen Landtag waren im Februar 2016 ähnliche Töne zu vernehmen. Der wirtschaftspolitischen Sprecher der AfD Fraktion Stefan Möller ließ vermelden: „Bürokratie und schwere Eingriffe in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit sind die klassischen Folgen der Überregulierung, unter der alle Wirtschaftsbereiche in unserem Land mehr oder weniger stark leiden.“ In der Fraktions-Meldung heißt es weiter: „Möller warnte, dass der etablierte „Nanny-Staat“ mit seiner inzwischen grenzenlosen Vollversorgungsmentalität eine Illusion sei, die schon bald platzen werde.“⁸³ Auf dem Mittelstandsempfang der AfD-Fraktion Thüringen lässt er sich gar zu der Äußerung hinreißen in Deutschland herrsche „Eine Planwirtschaft, auf die Erich Honecker und Günter Mittag stolz gewesen wären.“ Als Beispiel für Überregulierung nannte er „eine Vielzahl von formalisierten Belehrungspflichten, Widerrufsrechten und Antidiskriminierungsvorhaben“.⁸⁴

Betrachtet man die Aussagen zu Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträgen sowie Hartz IV wird schnell klar: Die AfD ist keine soziale Partei und ist es nie gewesen. Viele AfD-Positionen tragen eine neoliberale Handschrift. Sollten die Steuer-Konzepte der AfD umgesetzt werden, drohen Steuerausfälle durch Besserstellung hoher Einkommen

81 Quelle: AfD-Fraktion Hamburg. „Dr. Bernd Baumann: Die Mietpreisbremse verstößt gegen das Prinzip der freien Marktwirtschaft“. <https://afd-fraktion-hamburg.de/dr-bernd-baumann-die-mietpreisbremse-verstoest-gegen-das-prinzip-der-freien-marktwirtschaft/> aufgerufen am 1.5.2016

82 Quelle: AfD-Fraktion Hamburg. „AfD fordert Freistellung von der Grunderwerbsteuer“. <https://afd-fraktion-hamburg.de/afd-fordert-freistellung-von-der-grunderwerbsteuer/> aufgerufen am 1.5.2016

83 Quelle: AfD-Fraktion im Landtag Thüringen. „Möller: Soziale Marktwirtschaft statt Versorgungsmentalität im Nanny-Staat“. Pressemitteilung vom 8.02.2016. <http://afd-thl.de/2016/02/08/moeller-soziale-marktwirtschaft-statt-versorgungsmentalitaet-im-nanny-staat/>

84 Quelle: AfD-Fraktion im Landtag Thüringen. Pressemitteilung vom 17.02.2016. „Möller: In Deutschland regiert eine Planwirtschaft auf die Erich Honecker stolz gewesen wäre“. <http://afd-thl.de/2016/02/17/moeller-in-deutschland-regiert-eine-planwirtschaft-auf-die-erich-honecker-stolz-gewesen-waere/> aufgerufen am 1.5.2016

und Vermögen in Milliardenhöhe. Gleiches gilt für die Abschaffung der Erbschaftsteuer, wie sie die AfD fordert. Im Wahlprogramm für Rheinland-Pfalz heißt es gar, dass die „Ablehnung von Elitenförderung“ die Weiterentwicklung behindere.⁸⁵ Das Geld, das dem Staatshaushalt durch derartige Wahlgeschenke an Vermögende entgeht, würde an anderer Stelle fehlen. Und da die AfD durch die Bank weg Neuverschuldung ablehnt, droht hierdurch vor allem eines: Kürzungen bei den Sozialleistungen, bei der Infrastruktur, bei der Gesundheit und bei der Bildung. Langfristig gefährdet eine solche Politik, die nicht etwa darauf abzielt die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen, sondern sie zu vergrößern, auch die Stabilität des sozialen Friedens in Deutschland.

In der AfD redet man über solche Aspekte des Programms nicht gerne. Im Bundesvorstand wie in den Landtagsfraktionen bis hinunter auf die lokale Ebene dominiert das Thema Asyl. Dort verpasst die AfD keine Gelegenheit Ausgaben für Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu kritisieren. Dass die Kosten im Vergleich zu den von der AfD geforderten Einschnitten im Steuerrecht Peanuts sind, ist eine unbequeme Wahrheit über die man lieber den Mantel des Schweigens hüllt. Egal ob Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer oder Stufen-Modell: Vor allem Familien mit hohem Einkommen und hohem Vermögen werden von der AfD überproportional profitieren.

Einen schlanken Staat muss man sich leisten können. Wer auf private Sicherheitsdienste setzen kann, auf Privatschulen und private Krankenversicherung, dem fällt es womöglich leichter bei staatlichen Ausgaben und Einnahmen den Rotstift anzusetzen. Es ist leichter die hohe Steuerlast zu beklagen als zu erkennen, was davon alles abhängt: Bildung, Infrastruktur, sozialer Ausgleich, Gesundheit – um nur einige Punkte zu nennen. Eine stabile Finanzierung dieser Ausgaben schafft erst einen Rahmen des sozialen Friedens, in dem Investitionen sicher getätigt werden können. Das Solidaritätsprinzip in der sozialen Marktwirtschaft bedeutet eben auch, dass wir Lasten gerecht verteilen. Mit der AfD und ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik droht dieses Prinzip zugunsten einer naiven Marktgläubigkeit zu erodieren. Besonders bitter dabei ist, dass viele derjenigen, die der AfD bei den letzten Landtagswahlen der AfD ihre Stimme gegeben haben, von ihrer Politik ganz und gar nicht profitieren würden. Das Gegenteil ist sogar der Fall.

85 Quelle: Programm zur Landtagswahl der AfD Rheinland-Pfalz. S.23. <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuehrlich.pdf> aufgerufen am 1.5.2016

Autorin

Katharina Nocun ist studierte Ökonomin, Publizistin und Beraterin. Als Bürgerrechtlerin streitet sie für Demokratie und gegen Überwachung. Sie ist unter anderem Botschafterin für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) e.V., Beirat im Whistleblower-Netzwerk e.V. und Delegierte für die Humanistische Union e.V. sowie eine der Stimmen im Protest gegen das Handelsabkommen TTIP. Derzeit klagt sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen mehrere Überwachungsgesetze.

Impressum

Herausgeber: Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Layout/Satz: Antje Meichsner

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Schützengasse 18, 01067 Dresden

Erscheinungsdatum: Februar 2016

ISBN: 978-3-946541-10-3 (nur für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons
Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich
gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:
info@weiterdenken.de

